

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter
und für Auswärtige die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Nebenseiten
enthalten für Anzeigen aus Aus- und
Umgebung des Erzgebirges, aus-
wärtige Anzeigen zu Goldpreisen,
Kellern-Preisen zu Goldpreisen,
sonstige zu Goldpreisen.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 265

Sonnabend, den 14. November 1925

20. Jahrgang

Der Reichspräsident in Baden und Hessen.

Bekanntgabe der Rückwirkungen am Dienstag, den 17. November.

Karlsruhe, 12. Nov. Reichspräsident v. Hindenburg traf heute vormittag auf seiner Süddeutschlandreise auf badischem Gebiet ein. In Pforzheim, der ersten Stadt des badischen Landes, entbot Oberbürgermeister Dr. Guendert den Willkommensgruß. In Karlsruhe nahm schon in den frühen Morgenstunden eine zahlreiche Menschenmenge in den Straßen, die Hindenburg bei seiner Fahrt vom Bahnhof zum Staatsministerium berühren mußte, Aufstellung. Das Unterrichtsministerium hatte schulfrei gegeben, und auch die städtischen Behörden hatten am Vormittag geschlossen.

Bei dem Frühstück im Präsidialgebäude hieß Staatspräsident Dr. Brüning den Reichspräsidenten im Namen der badischen Staatsregierung willkommen. Er begrüßte den Mann, unter dessen Führung das Volk in Waffen den Heimatboden gegen eine Welt geschirmt habe. Dann fuhr er fort:

„Ein Jahrzehnt danach sind Sie, über jede geistige Bequemlichkeit sich erhebend und nur dem Gebot der vaterländischen Pflicht untertan, an die Spitze der Nation getreten, die sich nach uraltem wiedererstandenen germanischen Brauch und Recht durch eigene Wahl Sie zum Oberhaupt erkor. Der unbetrübte Dienst am Reich, der Ihnen vor allen anderen am Herzen lag, findet im badischen Lande das freudigste Verständnis; denn es ist auch unser Dienst seit jenen denkwürdigen Tagen von 1867, da die badische Regierung als erste zum Anschluß an den Norddeutschen Bund und damit zur Aufrichtung des Reiches drängte. Hierin hat sich durch die sechs Jahrzehnte hin nichts geändert. In diesem Lande, Herr Reichspräsident, sehen Sie auf einem Boden unbedingter Hingabe an das Ganze des Reiches. Das badische Volk würde keine Regierung an seiner Spitze dulden, die das große Vermächtnis dieser Reichstreue nicht bewahrt, und mit tüchtigem Dienst an der deutschen Nation noch vermehrte. Das badische Land wünscht von ganzem Herzen, daß Ihr Name, Herr Reichspräsident, mit einer Epoche des deutschen Wiederaufstieges verknüpft sein möge. Wir wissen, daß auch Sie diesen Wiederaufstieg nicht suchen wollen in lauten Worten, denen Sie stets abhold gewesen sind, daß Sie ihn nicht suchen können in stolzen Taten, die unserm Volk auf lange Zeit hin verfaßt sind, daß Sie ihn mit uns suchen in stillem, hartem, pflichttreuem, unentwegtem Wirken, auf dessen Grund allein Deutschland wieder zur Geltung, Größe und Mächtigkeit gelangen kann.“

Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte mit Dankworten, mit denen er auf seine Eigenschaft als Ehren-

bürger der Stadt Karlsruhe hindeutete. Das Land habe schwer gelitten und Jahre bitterer Not durchlebt. Er hoffe, daß die nächsten Jahre eine Zeit der Befundung und des Gedeihens bringen werden.

Der Reichspräsident in Darmstadt.

Darmstadt, 12. Nov. Reichspräsident v. Hindenburg ist heute abend 8 Uhr 16 Minuten, begleitet von Staatssekretär Weizsäcker und seinem persönlichen Adjutanten Major v. Hindenburg, von Karlsruhe hier eingetroffen. Beim Aussteigen aus dem Zuge wurde der Reichspräsident zunächst vom Staatspräsidenten Ulrich begrüßt, der die Mitglieder des hessischen Kabinetts sowie die übrigen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden vorstellte. Die Menschenmenge auf den benachbarten Bahnsteigen begrüßte den Reichspräsidenten mit brausenden Hochrufen. Vor dem Bahnhof hatten mehrere Abteilungen der hessischen Schupo zu Fuß und zu Pferde Aufstellung genommen, deren Kapelle den Reichspräsidenten mit dem Deutschlandlied begrüßte. Vom Bahnhof bis zum Hotel Traube hatten sich viele Tausende aufgestellt, eingerahmt von Fackelträgern, die im Verein mit den zahlreichen illuminierten Häusern der Rheinstraße, den blühenden Schlägern der im vollen Wuchs erblühenden Studenten von Darmstadt und Gießen, den Bannern und Standarten der zahlreichen Militär- und Sportvereine, sowie dem Reichsbanner ein farbenprächtiges Bild boten. Besonders herzliche Ovationen wurden dem Reichspräsidenten dargebracht, als er vor der Traube den Wagen verließ und sich in das Hotel begab. Im Hotel fand um 8.30 Uhr ein einfaches Abendessen im engsten Kreise statt, bei dem zwischen dem Reichspräsidenten und dem Staatspräsidenten Ulrich kurze Trinksprüche gewechselt wurden.

Hindenburg über die Deutschnationalen.

Stuttgart, 12. Nov. Bei dem gestrigen Besuche des Reichspräsidenten in Stuttgart sprach sich dieser bei dem Abendempfang im Schloß einem prominenten Mitglied der Deutschnationalen Partei gegenüber über die Politik der Deutschnationalen aus. „Da versichert man einem erst“, so erklärte er wörtlich, „daß man das Vertrauen der ganzen Partei genießt, und eines Tages steht man durch die Beschlüsse dieser Partei allein da und steht seine Stellung gefährdet.“ Der Reichspräsident gebrauchte im Anschluß daran über diese Politik das Bild des Lösen im Porzellanladen.

Faschistenterror in Südtirol.

Wien, 12. Nov. Der Andreas-Hofer-Bund meldet aus Südtirol: Die faschistische Postverwaltung in Südtirol hat an allen größeren Plätzen Südtirols geheime Zensurstellen eingerichtet. Die Briefe öffnen und durchsuchen, die sich mit Südtiroler Zuständen befassen, einfach unterschlagen. Es wird deshalb jedermann gewarnt, Angehörige oder Bekannte Briefe zu senden, in denen sich eine Kritik über Italien befindet, da dadurch der Empfänger Repressalien der faschistischen Behörde ausgesetzt ist. Täglich gehen Briefe aus Südtirol ein mit der Bitte um Hilfe. Lehrer, Beamte, kaufmännische Angestellte usw. haben in vielen Fällen durch den faschistischen Terror ihre Anstellung verloren und können nun keine neuen Lebensunterhalt finden. Lehrer und Beamte die jahrzehntelang treu ihre Pflicht erfüllt haben, werden ohne Pension entlassen, in letzter Zeit ungefähr 80 Lehrer; die Kaufleute klagen über den Steuerwahnwitz der faschistischen Behörden.

Ergebnisse der Untersuchung über das Attentat gegen Mussolini.

Rom, 12. Nov. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die zuständige Behörde fährt fort, alle mit den Ereignissen vom 4. November in Verbindung stehenden Vorgänge zu untersuchen. Bis jetzt wurde eine Verschönerung festgestellt, deren Zweck war, ein Attentat gegen den Leiter der Regierung vorzubereiten und dann einen bewaffneten Aufstand zu versuchen.

Marokkorieportsbericht.

Paris, 12. Nov. Wie Havas aus Mekko meldet, hat die Entwaffnung des Stammes der Beni Saïd begonnen. In Zukunft wird den Eingeborenen im Austausch gegen die abgegebenen Waffen landwirtschaftliches Gerät im gleichen Werte gegeben werden.

Die Bekanntgabe der Rückwirkungen des Vertrages von Locarno war, wie wiederholt erklärt worden ist, der Reichsregierung von allerer Seite für den 11. oder 12. November in Aussicht gestellt worden. Daraufhin ist deutscherseits, wie verlautet, der Wunsch zutage getreten, alle jetzt schwebenden Fragen zusammen zu erledigen, also zugleich mit den Rückwirkungen auch insbesondere die Frage der Räumung der Kölner Zone, obwohl sie mit dem Vertrag von Locarno nicht zusammenhängt gleichzeitig zu bereinigen. Die Frage der Räumung der Kölner Zone steht ihrerseits wieder in Verbindung mit der Frage der Militärkontrolle, die nach den Vereinbarungen von Locarno zur Beschleunigung ihrer Erledigung von dem technischen auf den diplomatischen Weg verwiesen worden ist. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Vorkonferenz, die dafür heraufgestellt ist, doch etwas langsamer arbeitet, als man erwartet hatte. Dazu kommt, daß auch unter den Westmächten über die Form und den Zeitpunkt der Bekanntgabe nicht volle Einigkeit bisher erzielt war. Nunmehr wird die Vorkonferenz am Montag zusammenzutreten und aller Voraussicht nach noch an diesem Tage die Frage der Militärkontrolle und damit auch die der Räumung Kölns zu einem Abschluß bringen. Daraufhin wird, einem englischen Wunsch entsprechend, am nächsten Dienstag, an dem Außenminister Chamberlain anlässlich der Eröffnung des englischen Parlaments eine große außenpolitische Rede halten will, die Bekanntgabe der Entschlüsse der Westmächte über den Gesamtkomplex der jetzt schwebenden Fragen aller Voraussicht nach erfolgen. Möglicherweise kann sich noch aus technischen Gründen eine kleine Zeitspanne von höchstens 48 Stunden zwischen der Veröffentlichung der Rückwirkungen und des Termins für die Räumung der Kölner Zone ergeben.

London, 12. Nov. General Smuts erklärte in einer Rede in Pretoria nach einem Timesbericht u. a.: Die Tatsache, daß Deutschland seinen rechtmäßigen Platz als Großmacht im Völkerbund und im Völkerbundrat einnehmen wird, ist ein bedeutungsvolles Ereignis in der Geschichte des Völkerbundes und eine Erhöhung seines Prestiges und seines Wertes. Deutschlands Beschluß kann mit Rücksicht auf Rußland nicht genug begrüßt werden. Während man annehmen kann, daß das Feuer am Rhein ausgebrannt ist, darf man nicht mit der gleichen Zuversicht bezüglich der polnischen Grenzen sprechen, es müßten daher alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, daß der Pakt feuerfester mit Bezug auf die Ostgrenzen Deutschlands gemacht wird. Smuts gab weiter seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß das britische Reich bei den Verhandlungen in Locarno nicht in einer Einheitsfront aufgetreten sei, und bemerkte dazu: Dieser Fall wird einen Präzedenzfall für die Zukunft darstellen. Mehr und mehr wird die Politik der britischen Regierung die Englands sein, und der Tag wird kommen, wo die Dominions der Meinung sein werden, daß sie mit einer solchen Politik wenig Gemeinsames hätten und also eine selbständige auswärtige Politik mit Rücksicht auf ihre eigenen Interessen beginnen müßten. Die Aufrechterhaltung der Solidarität und der Einheitsfront ist jedoch wesentlich.

Ueber Völkerbund und Locarno.

London, 12. Nov. Der diplomatische Versichterstat der „Westminster Gazette“ schreibt: In den Verhandlungen über das Rheinland-Regime scheint eine Stodung eingetreten zu sein. Die Deutsche Regierung wünscht der deutschen Öffentlichkeit einen endgültigen Beweis geben zu können, daß die Versicherungen der Alliierten in Bezug auf eine Wüderung des Rheinland-Regimes ernstlich gemeint sind, sie wünscht entweder, auf tatsächliche unternommene Schritte hinweisen oder eine schriftliche Erklärung der Alliierten mit der Zusage, daß die Wüderungen in einem gewissen Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden, vorlegen zu können. Für den Augenblick ist also die Erklärung, die Stwesemann abzugeben beabsichtigt, verzögert und die deutsche Regierung einer mächtigen Waffe zur Bekämpfung der nationalen Opposition gegen den Pakt von Locarno beraubt. In alliierten Kreisen herrscht nun anscheinend die Ansicht, daß der Pakt unterzeichnet werden muß, bevor die Zusicherungen wirksam werden. Über zweifellos wird ein Kompromiß vereinbart werden, das die Stellung der deutschen Regierung erleichtern wird. Insbesondere kann eine Mitteilung, daß Köln geräumt werde, in wenigen Tagen erwartet werden.

Nord Grey erklärte in einer Rede in Manchester, das politische Übereinkommen in Locarno habe ein Hindernis beseitigt, das wirklich der Räumungsberein-

Entwurf eines Reichsverwaltungsgerichts.

Berlin, 12. Nov. Ein fertiger Entwurf über die Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichtes liegt im Reichsministerium des Innern vor. Der Reichsausschuß des Reichstages hat die baldige Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichtes gefordert. Man denkt daran, wie der „Reichsdienst der deutschen Presse“ erzählt, das künftige Reichsverwaltungsgericht dem Reichsgericht in Leipzig anzuschließen. Es sollen Senate geschaffen und mit Persönlichkeiten besetzt werden, die auf dem Gebiet der Verwaltung besonders erfahren und befähigt sind. Das deutsche Reichsverwaltungsgericht wird auch als oberste Instanz für Verwaltungsangelegenheiten der Länder Recht zu sprechen haben, so weit Reichsgerichte in Frage kommen, um eine einheitliche Verwaltungspraxis im Reich sicherzustellen. Diese Befugnis wird voraussichtlich im Reichsrat zu ersten Anwesendebesprechungen führen. Das Reichsverwaltungsgericht ist durch Artikel 107 der Reichsverfassung angeordnet.

Der neue Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete.

Berlin, 12. Nov. Der Reichspräsident hat den Vorkonferenz in Madrid Dr. Freiherrn Langwerth v. Simmern zum Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete ernannt.

Der neuernannte Reichskommissar für das Rheinland.

Freiherr Langwerth v. Simmern ist in Paris eingetroffen und war heute mittag um 1 Uhr zusammen mit dem Vorkonferenz Dr. v. Hoersch bei Briand.

Zusammentritt des Reichstages am 20. November.

Berlin, 12. Nov. Nach einem Beschluß des Vorkonferenzrates wird der Reichstag am Freitag, den 20. November, zusammentreten, um den italienischen Handelsvertrag zu beraten. Am Montag, den 23. November, werden die Verträge von Locarno beraten werden.

st i. auch
steht
ein
Personal
zu verk.
en
ntag
el Riesen-
funktion:
n
day
mondänen
Blue.
die größte
gibt den
a großen
brizöseste
Welt, die
erhaft be-
und Be-
ist Teufel
sich das
Frauen.
es Tanzen.
den diese
Orasie u.
keit.
der
en!
rolle.
erworfen
Zuschauer
und die
Worte:
und 1/49
rola"
zert.
ue.
1925
ue
nd
ert.
ik.
d bel
ung!
man sich
Baagen
Zerstörte
Freitag.
er Ari,
mahin.